

Protokolleintrag vom 25.02.2016

2016/49

Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stefan Urech (SVP) vom 25.02.2016: Kostenwahrheit im städtischen Asylwesen

Von Samuel Balsiger (SVP) und Stefan Urech (SVP) ist am 10. Februar 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Asylwesen eine möglichst genaue Kostenwahrheit erlangt werden kann. Dabei sollen, bezogen auf die Stadt Zürich, mindestens die folgenden Faktoren berücksichtigt werden:

- Die Steuergelder, die jährlich direkt an die Asylorganisation AOZ fliessen.
- Die Gesamtkosten, die Asylbewerber, ehemalige Asylbewerber und sogenannte «Sans-Papiers» jährlich im Gesundheitswesen verursachen.
- Die Gesamtkosten, die Kinder von Asylbewerbern, ehemaligen Asylbewerbern und sogenannten «Sans-Papiers» jährlich im Schulwesen verursachen.
- Alle Verwaltungskosten, die Asylbewerber, ehemalige Asylbewerber und sogenannte «Sans-Papiers» jährlich verursachen.
- Die Gesamtkosten, die Asylbewerber, ehemalige Asylbewerber und sogenannte «Sans-Papiers» jährlich im Sozialwesen verursachen.

Diese Auflistung ist nicht abschliessend. Wir bitten deshalb, jeden Faktor, der in irgendeiner Beziehung zur Einwanderung über das Asylwesen steht, bei der Berechnung der Kostenwahrheit zu berücksichtigen. Insbesondere sollen auch die Kosten aller städtischen Aktivitäten bezogen auf sogenannte «Sans-Papiers» und ehemalige Asylbewerber statistisch erfasst werden.

Die Kostenwahrheit über die Einwanderung durch das Asylwesen soll rückwirkend für das Jahr 2015 und zukünftig im Zwei-Jahres-Rhythmus errechnet werden. Das ganze Ausmass der finanziellen Belastungen soll dann jeweils in einem Bericht zusammengefasst werden, sobald die Vorjahresdaten bekannt sind.

Begründung:

Im Asylwesen fliessen über den Bund, die Kantone und die Gemeinden jährlich riesige Summen. Der Bund kann aber wegen den föderalistisch strukturierten Geldströmen keine Aussagen über die schweizweiten Gesamtkosten machen, wie er auf einen Vorstoss der nationalen SVP mitteilte. Somit müssen die Kosten von unten (von den Gemeinden) nach oben (zum Bund) errechnet werden. Anschliessend kann eine statistische Zusammenfassung über das ganze Ausmass erfolgen.

Es ist zu befürchten, dass das Asylwesen jährlich die gigantische Summe von 6 Milliarden Steuerfranken vernichtet. Der Betrag könnte jedoch auch weit höher ausfallen, da die Behörden in vielen Bereichen, wohl politisch gewollt, ahnungslos sind.

So teilte zum Beispiel der Stadtrat auf die Schriftliche Anfrage GR Nummer 2015/320 mit, dass er keine Ahnung über nachgefragte Kosten bezüglich ehemaligen Asylbewerbern und sogenannten «Sans-Papiers» habe, da er diese Gruppen statistisch gar nicht erfasse. Staatliche Leistungen beziehen illegale dennoch offiziell.

Um also die städtische Kostenwahrheit in Bezug auf die Einwanderung über das Asylwesen zu erlangen, müssen auch alle Kosten von ehemaligen Asylbewerbern und sogenannten «Sans-Papiers» ans Licht gezerrt werden. Die Steuerzahlenden haben ein Recht zu erfahren, welchen finanziellen Schaden das Asylwesen direkt und indirekt anrichtet.

Mitteilung an den Stadtrat